

Seite 11ges

Leserforum

Invalidenversicherung und Schmerzpatienten

Gutachten gefällig? TA vom 6. 12.

Entwürdigende Desozialisierung.

Der Psychiater Jürg Haefliger legt den Finger auf einen ganz wunden Punkt unseres Sozialversicherungswesens: die ärztliche Begutachtung von Rentenbegehren. Medizinische Abklärungsstellen, die praktisch ausschliesslich von Gutachteraufträgen der Invalidenversicherung (IV) leben, entscheiden in ein paar Stunden definitiv über das Schicksal des Rentenbegehrens. Rund ein halbes Dutzend Patientinnen und Patienten meiner Hausarztpraxis werden jährlich von der IV begutachtet. Jene, die danach auch nur eine Teilrente zugesprochen bekamen, kann ich in den letzten zehn Jahren mit den Fingern meiner beiden Hände zählen. Für psychische Erkrankungen gibt es nur noch in seltenen Fällen eine Rente; seit der letzten IV-Revision werden wegen psychischer Diagnosen sogar Renten entzogen. Begonnen hat das alles mit Blochers Scheininvaliden-kampagne. Die Politik verschärfte das IV-Gesetz seither massiv und verlangte von der IV, die Anzahl neu zugesprochener Renten zu vermindern. Stolz vermeldete die IV kürzlich eine Reduktion der jährlichen Neurenten in den vergangenen zehn Jahren von 28 000 auf 15 000. Ermöglicht haben dies praxisferne Gutachter mit ihren Verdikten «80 Prozent erwerbsfähig an einem der Behinderung angepassten Arbeitsplatz». Dabei werden teils über ein Dutzend Bedingungen an diesen fiktiven Arbeitsplatz geknüpft - völlig realitätsfremd. Ich betreue Dutzende solcher vom Sozialamt abhängigen «Scheinerwerbsfähigen». Ich frage mich, wie Gutachter ihren Beitrag zu dieser entwürdigenden Desozialisierung Zehntausender mit ihrem ärztlichen Gewissen vereinbaren können. Ich bin Jürg Haefliger deshalb dankbar, dass er einen historischen Bezug zwischen den versicherungsmedizinischen Holocaust-Schaden-Leugnern und den heutigen gutachterlichen IV-Verhinderern hergestellt hat.

David Winizki, Zürich

Dr. med., FMH Allgemeine Medizin